

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 19

Ausgegeben am 5. August 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Kritik des Programmentwurfs

Von Heinrich Cunow

Der am 17. Juli vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf eines neuen Parteiprogramms ist bereits in der letzten Woche vielfach in unserer Parteipresse kritisiert worden — ungünstig und günstig, im ganzen aber nach fast allgemeinem Eindruck mehr ablehnend als zustimmend. Obwohl mit der Zusendung des Entwurfs unseren Parteiblättern zugleich die Mitteilung zugegangen ist, daß in aller Kürze ein von den Hauptmitarbeitern am Entwurf geschriebener Kommentar erscheinen werde, der Näheres über die Form des Entwurfs, seine Motive und Formulierungen enthalte, haben nur wenige Zeitungen unserer Partei das Erscheinen dieses Kommentars abgewartet.¹ Das ist vom Standpunkt der sofort mit ihrer Kritik einsetzenden Blätter durchaus zu verstehen. Nachdem einmal der Entwurf der Öffentlichkeit übergeben worden war, mußten sie befürchten, daß sie nicht nur in der »Fizigkeit« der Kritik von anderen Parteiblättern übertroffen werden und ihrem Leserkreis als journalistische Langschläfer erscheinen würden, sondern daß ihnen auch die bürgerliche, vor allem aber die unabhängig-sozialistische und die kommunistische Presse mit ihren Kritiken zuvorkommen könnte.

Die Schuld liegt beim Parteivorstand und besteht darin, daß er den Kommentar nicht zugleich mit dem Programmentwurf der Öffentlichkeit übergeben hat. Freilich befand auch er sich in einer gewissen Zwangslage. Nachdem sich die Fertigstellung der einzelnen Kommissionsarbeiten infolge der in manchen dieser Kommissionen hervorgetretenen Auffassungs- beziehungsweise Meinungsverschiedenheiten, der langen Debatten — nicht nur in den Parlamenten, auch in den parteigenössischen Versammlungen und Sitzungen — fließt oft endlos der Redestrom —, der Verhinderungen und Krankheiten einzelner Mitarbeiter allzu lange hinausgezögert hatte, wollte der Parteivorstand nun endlich den Entwurf der Parteigenossenschaft unterbreiten, vielleicht um sich — obgleich man ihm im allgemeinen übergroße Furchtsamkeit nicht nachsagen kann — vor dem Vorwurf einiger kritiksfüchtiger Gralshüter der reinen Demokratie zu sichern, er habe dadurch, daß er den Entwurf zu spät vor dem Parteitag der Kritik der Parteigenossen im Lande übergeben habe, seine demokratische Pflicht verlehrt.

¹ Wir hatten zunächst die Absicht, mit der Erörterung des Programmentwurfs zu warten, bis auch der Kommentar erschienen sein würde. Nachdem aber bereits in einer Reihe von Parteiblättern die Kritik eingesetzt hat, würde die Neue Zeit ihre Pflicht als wissenschaftliche Wochenschrift der Sozialdemokratie versäumen, wenn sie nicht ebenfalls zur Kritik und Antikritik überginge. Zudem sind uns bereits aus dem Mitarbeiterkreis zwei längere Artikel über den Entwurf eines neuen Programms zugegangen, und ein weiterer ist uns angekündigt. Wir werden mit dem Abdruck des ersten in der nächsten Nummer beginnen. Red. der Neuen Zeit.

Aber mögen die Motive der plötzlichen Veröffentlichung des Programm-entwurfs auch die besten gewesen sein, nach meiner Ansicht war es ein Fehler, den Kommentar nicht gleich mitzuveröffentlichen; und ein noch größerer Fehler war es, den Entwurf in dieser Fassung hinausgehen zu lassen. Wie Genosse Quarcq bereits im »Vorwärts« bekanntgegeben hat, sind einzelne Spezialunterausschüsse gar nicht mehr zu einer eigentlichen Abschlußredaktion ihres Programmteils gekommen, noch hat eine letzte Sitzung der Gesamtkommission, eine sorgfältige Vergleichung und Ausgleichung der einzelnen Teile und eine allgemeine Überarbeitung stattgefunden. Eine solche Gesamtsitzung und gegenseitige Aussprache ist erst für Anfang September (ob inzwischen der Parteivorstand andere Verfügungen getroffen hat, ist mir nicht bekannt) geplant.

Der Programmentwurf ist also nicht fertig. Er hat noch gar nicht die Form und Fassung, in der er dem Görlitzer Parteitag vorgelegt werden soll. Ich halte, ganz offen gestanden, diese vorzeitige Veröffentlichung für verkehrt. Der Parteivorstand hätte ruhig noch drei, vier, fünf Wochen mit der Versendung an die Parteipresse warten und dann ohne Beschönigung erklären sollen: »Infolge mißlicher Umstände kommt der Entwurf zu spät heraus für eine gründliche Diskussion in unserer Presse; aber da der Görlitzer Parteitag doch voraussichtlich eine Kommission zur Durchberatung wählen wird, bleibt nach dem Parteitag noch genügend Zeit zu einer eingehenden Kritik.« Sicherlich würden einzelne Parteiblätter und Parteitagssdelegierte über zu langsames Arbeiten des Parteivorstandes und der Kommissionen geschrien, vielleicht einzelne auch allerlei taktische Manöver hinter der späten Veröffentlichung gesucht haben; aber man hätte sie schreien lassen sollen. Es gibt nun mal in jeder Partei einige Schreilustige, die es gewissermaßen als ihre Spezialität ansehen, zu schreien, sei es auch nur, um dadurch ihre scharfe Beobachtung der Parteivorgänge und ihr demokratisches Mißtrauen zu bekunden.

Doch, mag diese nicht genügende redaktionelle Überarbeitung des Entwurfs ein wesentlicher Grund dafür sein, daß er in manchen Mitgliedschaften der Partei auf Kritik und Ablehnung gestoßen ist, der Hauptgrund liegt darin nicht — in dieser Beziehung bin ich anderer Meinung als Quarcq. Der Hauptgrund ist, darüber sollten wir uns nicht täuschen, die innere theoretische Unsicherheit und Verwirrung, die in den Reihen unserer Partei herrscht: die verschiedene Beurteilung der Gegenwart und noch mehr der Richtung, welche die wirtschaftliche und politische Entwicklung in nächster Zeit einschlagen wird; das Gefühl, daß mit dem Weltkrieg und der Novemberrevolution des Jahres 1918 eine soziale Umwälzung von größter weltgeschichtlicher Bedeutung eingesezt hat, ohne daß doch die meisten sich über die Tendenzen dieser Bewegung auch nur in allgemeinen Umrissen klar geworden sind; die Empfindung, daß wir in eine unbekannte, von Nebeln bedeckte See hinaussteuern und daher neue Richtpunkte, neue Seezeichen und Orientierungsapparate notwendig sind, und andererseits doch wieder, da man nicht weiß, wohin der neue Kurs führt, ein Immerwiedereinlenken in den alten Kurs, ein Zurückgreifen auf alte Gedankengänge und Formeln. Es mag vielleicht paradox klingen und ist doch wahr: niemals seit Lassalles Tagen hat in der deutschen Sozialdemokratie eine solche theoretische Verwirrung geherrscht wie heute. Tatsächlich

sind die Spaltungen und Wiederspaltungen, die seit Ausbruch des Krieges in der damals einigen Sozialdemokratie eingetreten und noch keineswegs beendet sind, weit mehr das Ergebnis einer andauernden Krise der Parteitheoretik als der Parteipraxis. Und doch haben die Abspaltungen in unserer Partei, der Mehrheitssozialdemokratie, keine klare theoretische Bewegungsbahn geschaffen, denn die Abspaltungen vollzogen sich nicht nach theoretischen Gesichtspunkten, sondern nach Stimmungen, politischen Situationsauffassungen, politischen und persönlichen Gegensätzen. Und wo in einzelnen eine Klärung erfolgt ist, da wird sie mehr als ausgeglichen durch den Zustrom neuer Parteimitglieder, die aus anderen Kreisen stammen und noch zum großen Teil in der Ideologie dieser Kreise befangen sind.

Schon allein dadurch ist bedingt, daß jedes neue theoretische Parteiprogramm, das nicht seine Auffassung vom Sozialismus sowie von den ihm zugrunde liegenden Triebkräften und ihren Entwicklungsmöglichkeiten in einen ähnlichen Wust von schönen inhaltsleeren Stimmungssphrasen und Verheißungen einpackt, in unserer Partei auf sehr gemischte Gefühle und kritische Beurteilungen stoßen wird.

Wer dieses heute in unseren Reihen herrschende theoretische Durcheinander nicht für wahr haben will, der sehe sich doch nur mal die widerspruchsvollen Auffassungen an, die bereits in den relativ wenigen jüngst veröffentlichten Kritiken des neuen theoretischen Programmteils zutage treten. In der einen Kritik wird der Sozialismus als eine wirtschaftliche Entwicklungserscheinung aufgefaßt, in der anderen als ein allgemein-ethisches Problem. Nach der einen Auffassung ist er eine dem Interesse der ganzen Menschheit entsprechende »Menschheitsfrage«, nach der anderen kann er, da die Interessen der verschiedenen Klassen sich aufs schärfste widersprechen und nur die Arbeiterklasse an seiner Realisierung ein wirkliches Interesse hat, nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Von dem einen Kritiker wird gefordert, daß Kleinbauern, Intellektuelle, Beamte, Handwerker usw. in die Sozialdemokratie eingegliedert und daher ihren Interessen möglichst Rechnung getragen werde, denn ohne diese Schichten könne die Partei niemals die politische Macht erringen; der andere fordert, im Programm müsse stehen, die Sozialdemokratie sei die Partei der Arbeiterklasse und führe als deren Sachwalterin den Klassenkampf usw. ad libitum. Lassen sich derartige verschiedene Auffassungen in einem theoretischen Programmteil vereinigen? Wer sie alle auf einen Generalnenner bringt, muß der größte Meister auf dem Gebiet der theoretischen Jongleurkunst sein.

Die theoretische Einleitung des neuen Programmentwurfs

Wer sich mit theoretisch-sozialistischen Fragen beschäftigt, erkennt ganz naturgemäß die Diskongruität der parteitheoretischen Auffassungen leichter als der, der im wesentlichen nur praktische Parteipolitik treibt oder in der Agitationsarbeit aufgeht. Als der im Oktober 1917 in Würzburg abgehaltene Parteitag auf Antrag der Stuttgarter Parteigenossen den Parteivorstand mit der Vorlegung eines Aktionsprogramms beauftragte und mehrere Delegierte — nicht in der Debatte, aber in Privatbesprechungen — einen sogenannten vollen Erfas für das Erfurter Programm verlangten, habe ich mich sofort dagegen gewandt mit der Begründung, daß wohl infolge der Kriegsercheinungen und des Wechsels mancher überlieferter Illusionen die

Partei zum Teil ihr altes theoretisches Fundament verloren, aber einen neuen festen theoretischen Boden noch nicht wieder gewonnen habe, und mit eine solche Periode der inneren geistigen Gärung nicht der geeignete Zeitpunkt für die Umarbeitung der theoretischen Einleitung des Erfurter Programms zu sein scheine. In der Debatte erklärte ich:

Das Erfurter Programm war zum Teil schon, als es angenommen wurde, durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt. Sie drängte schon in andere Bahnen, während noch die Theorie in dem alten Schema beharrte. In einem neuen Programm, das nicht wieder eine ellenlange Auseinandersetzung, keine ökonomische Abhandlung sein darf, müssen die Forderungen entwicklungs geschichtlich besser substantiiert sein. Ob allerdings jetzt schon die geeignete Zeit zu einer Programmrevision gekommen ist, das ist eine andere Frage. Wir befinden uns in einer Umwälzungsperiode, in einer Periode der theoretischen Neufundierung. Der Krieg hat eine Reihe früherer Auffassungen und Illusionen vernichtet, einen sicheren, festen theoretischen Boden haben wir aber noch nicht wieder gefunden. Es muß erst eine gewisse Klärung erfolgen, ehe wir an eine Revision des Programms gehen können.

Der vom Parteivorstand einberufene Programmausschuß beschränkte sich denn auch auf die vom Stuttgarter Antrag geforderte Ausarbeitung eines kurzen Aktionsprogramms, fand aber, als er seinen Entwurf Ende Mai 1918 veröffentlichte, in der Parteipresse wenig Zustimmung. Besonders wurde gerügt, daß der Ausschuß sich zu streng an seinen Auftrag gehalten und sich auf die Aufstellung eines knappen Gesamtprogramms für die Übergangszeit nach dem Kriege beschränkt habe. Notwendig sei ein Programm mit Spezialforderungen für die einzelnen politischen Arbeitsgebiete, besonders ein Agrar- und Schulprogramm. Einige Parteiblätter vermiften auch eine genügende Berücksichtigung der politischen Lage nach dem Kriege und forderten die Aufnahme von Forderungen wie zum Beispiel die Abschließung internationaler Abrüstungsverträge, Einführung von Kriegsschiedsgerichten, Einschränkung des Flottenbaus, Beseitigung der Geheimdiplomatie usw. in das neue Programm. Von einer Seite wurde sogar der Kommission vorgeworfen, sie wäre vor der Aufstellung eines Zukunftsprogramms zurückgeschreckt, da es ihr an dem »unbedingt notwendigen Mut zur scheinbaren Utopie« fehle.

Diese verschiedenartigen Anregungen sind nicht mehr zur Verwertung gelangt. Die folgenden Kriege ereignisse verhindern die Ausarbeitung eines neuen Entwurfs — glücklicherweise, denn wären diese Wünsche berücksichtigt worden, der revidierte Entwurf hätte ein unbequemes Zeugnis dafür abgelegt, welche Illusionen noch im Juni 1918, vier Monate vor dem Kriegszusammenbruch, in einem großen Teil unserer Partei gehegt worden sind. Die traurige, verzweifelte Lage, in die das Deutsche Reich geriet, boten der neuen Regierung nicht die geringste Möglichkeit, bei den fremden Staaten Forderungen wie alsbaldige Abrüstung, Einschränkung der Flottenbauten, Errichtung von Schiedsgerichtshöfen usw. zu erheben.

Selbst wer nur bescheidene Anforderungen stellt, wird, wenn er verschiedene der theoretischen Ausführungen jener Zeit in unseren Parteiblättern nachliest, zugeben müssen, daß in ihnen zum Teil die seltsamsten Anschauungen über den Verlauf und die Tendenzen unserer wirtschaftlichen Entwicklung hervortraten. Von einer Klärung der Parteitheoretik konnte

sicherlich keine Rede sein. Als im vorigen Jahre vor dem Kasseler Parteitag sich erneut das Verlangen nach einem vollen Ersatz für das Erfurter Programm geltend machte, habe ich deshalb wiederum in einem »Zur Kritik des Erfurter Parteiprogramms« überschriebenen Artikel (Neue Zeit, 38. Jahrgang, 2. Band, S. 361 ff.) Bedenken dagegen erhoben, dem neuen Programmentwurf auch eine sogenannte theoretische Einleitung mit auf den Weg zu geben, denn die heutige Zeit sei eine Periode überhafterer Umbildung, und eine derartige Zeit der Gärung sei wenig zur Aufstellung allgemeiner Richtlinien der sozialen Entwicklung geeignet. Besser sei deshalb, unsere Partei beschränke sich zunächst auf »ein knappes, die neuen politischen und wirtschaftlichen Probleme berücksichtigendes Aktionsprogramm«.

Daß der Kasseler Parteitag diese Bedenken gelten lassen werde, habe ich selbst nicht für wahrscheinlich gehalten. Ein großer Teil unserer Parteimitglieder empfand zu deutlich, daß verschiedene Sätze des Erfurter Programms nicht mehr mit den neuen Entwicklungsvorgängen im Einklang stehen, und verlangte daher energisch eine »v o l l e Revision«. Die bloße Revision des zweiten Teiles des Erfurter Programms erschien vielen — und nicht mit Unrecht — als eine Halbheit, als ein Verlegenheitszugeständnis. Der Kasseler Parteitag entschied sich denn auch für die Ausarbeitung eines Vollprogramms, eines — wie einige Schriftsteller unserer Partei es genannt haben — »E p o c h e n p r o g r a m m s«.

Ich möchte hier nur von dem zur Entwerfung eines neuen theoretischen Programmteils eingesetzten Ausschuß sprechen und mich auf einzelne allgemeine Angaben seiner Tätigkeit beschränken, da ich mich zur Mitteilung der eigentlichen Beratungen nicht für berechtigt halte. Schon in der ersten Sitzung zeigten sich, als die einzelnen Mitglieder ihre dem Parteivorstand eingereichten vorläufigen Entwürfe vorlegten, verschiedene Grundauffassungen. In der Hauptsache ließen sich drei Richtungen unterscheiden. Erstens eine Richtung, die von wirtschaftsgeschichtlichen beziehungsweise entwicklungsgeschichtlichen Auffassungen ausging und von diesem Standpunkt aus eine ähnliche Kennzeichnung der in der kapitalistischen Gesellschaft sich durchziehenden Bewegungstendenzen wünschte, wie sie im Erfurter Programm enthalten ist — jedoch ohne Bezugnahme auf die sogenannte Verelendungstheorie und ohne Zukunftsprognose. Die zweite Richtung ging im wesentlichen von ethischen Grundsätzen aus. Sie wünschte gewissermaßen unter Berufung auf Kant eine ethische Fundierung unserer Forderung der Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Die dritte Richtung ging von machtpolitischen Erwägungen aus. Sie erklärte, daß ohne Gewinnung der Bauernschaft, der unteren und mittleren Beamtenschaft sowie eines größeren Teiles der Intellektuellen die Durchführung des Sozialismus unmöglich sei, da die Entwicklung nicht jene Richtung eingeschlagen habe, die Marx prognostiziert habe. Die Entwicklung laufe keineswegs darauf hinaus, zwei große Gesellschaftsklassen zu schaffen, eine Unternehmernklasse und eine immer mehr answellende, die große Mehrheit des Volkes umfassende Arbeiterklasse. In der Landwirtschaft wenigstens seien jene Konzentrationserscheinungen, die Marx vorausgesagt habe, nicht eingetreten. Es seien große Zwischenschichten, wie zum Beispiel die Kleinbauernschaft, die selbständigen Kleinhandwerker vorhanden, die wir nicht entbehren könnten. Wollten wir aber diese heran-

ziehen, müßten wir auch ihre Interessen berücksichtigen und dürften uns nicht als bloße Vertreter der Arbeiterinteressen (oder gar nur der Industriearbeiterschaft) einführen und den allgemeinen Klassenkampf verkünden.

Nach gründlicher Besprechung der Einzelentwürfe wurde schließlich eine Subkommission von drei Personen gewählt, um unter möglichster Berücksichtigung der Erörterungsergebnisse sich auf bestimmte Vorschläge zu einigen und diese der größeren Kommission als Grundlage für ihre weitere Beratung vorzulegen. Es sollte also die Subkommission versuchen, einen den verschiedenen Auffassungen Rechnung tragenden neutralen und doch in sich geschlossenen theoretischen Boden zu finden, auf dem sich weiter beraten ließ. Der Subkommission lagen zwei Entwürfe vor. Sie einigte sich schließlich, meinen Entwurf, nachdem einige Amputationen und Sachänderungen vorgenommen waren, dem größeren Ausschuß als geeignete Grundlage für seine Beratungen zu empfehlen.

In dieser größeren Kommission ist dann erneut mein Entwurf durchberaten worden. Ich bin nicht so eitel, behaupten zu wollen, daß er verschlechtert worden ist. Ich gebe rückhaltlos zu, daß ich in Anlehnung an Marx mehrmals technische Ausdrücke und Wendungen gebraucht hatte, die dem Ganzen das Gepräge einer gewissen theoretischen Schwerfälligkeit verliehen, und daß Genosse Molkenbuhr, besonders aber Genosse Braun verschiedentlich andere Fassungen vorgeschlagen haben, die von der großen Masse unserer Leser leichter verstanden werden. Andere Änderungen erscheinen mir nicht gerade als Verbesserungen, da sie mir, wenn vielleicht auch allgemeinverständlicher, doch weniger präzise dünken, vor allem aber, weil durch Hineintragung abweichender Gedanken der einheitliche Gedankenaufbau gestört wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine theoretische Programmeinleitung einheitlicher wird, wenn sie von einem einzelnen aus einem bestimmten Gedankengang heraus niedergeschrieben wird, als wenn daran Umstellungen, Sachänderungen, Einschreibungen vorgenommen werden. Doch ein Programm kann in unserer Partei, zumal wenn verschiedene Grundauffassungen vorhanden sind, immer nur ein Ergebnis der Zusammenarbeit — ein Kompromißprodukt sein. Dennoch behaupte ich, daß, wenn ich auch einige kleine Änderungen für ratsam halte, die neue theoretische Programmeinleitung weit besser ist und den wissenschaftlichen Erfahrungsstatsachen weit besser entspricht als die des Erfurter Programms.

Daß trotzdem gerade dieser Teil auf Widerspruch in den Reihen unserer Partei stoßen werde, daran habe ich nie gezweifelt. Ganz selbstverständlich — denn wenn manche Parteigenossen auch an der äußeren Form dieses oder jenes Satzes des Erfurter Programms etwas auszusetzen haben, so stecken sie doch mit ihrer ganzen Auffassung der sozialen Entwicklung und des Sozialismus noch im Erfurter Programm und haben dessen gradlinige Tendenzentwicklung und mechanische Zuspitzungstheorie noch nicht überwunden. Besonders gilt das von Personen, die der U. S. P. D. angehören, denn der größte Fehler dieser Partei ist, daß sie aus dem alten Vorstellungskreis der Vorkriegszeit absolut nicht herauszukommen vermag, und das gleiche gilt von jenen Anhängern unserer Partei, die bezüglich ihrer Gedankengänge den Theoretikern der U. S. P. nahestehen.

Vornehmlich müssen sie eines im theoretischen Teil des neuen Programmentwurfs vermissen: den Nachweis, daß die kapitalistische Entwicklung mit größter Sicherheit dem Sozialismus entgegenreibt, daß »naturnotwendig« das Elend der Arbeiterklasse immer größer, der Reichtum der Unternehmerschaft immer gewaltiger wird, die Mittelschichten ausfallen und die Wirtschaftskrisen immer größeren Umfang annehmen, so daß schließlich als Rettung aus dem gesellschaftlichen Ubel nichts anderes übrig bleibt als der Sozialismus. Der neue Programmentwurf weist zwar ebenfalls auf die sich in der heutigen Entwicklung durchsetzenden kapitalistischen Tendenzen hin; aber diese schöne Beweisführung fehlt und ebenso die Versicherung, daß nur die nach der Behauptung des Erfurter Programms immer tiefer in Elend, Druck, Knechtung, Erniedrigung und Ausbeutung versinkende Arbeiterklasse allein die Fähigkeit und Kraft besitzt, den Sozialismus durchzuführen.

Tatsächlich nimmt die Kritik des neuen Programmentwurfs denn auch an dem Fehlen solcher Entwicklungsprognostik den größten Anstoß. Es war doch so vorteilhaft, aus dem Programm das tröstliche Bewußtsein zu gewinnen: Der Sozialismus kommt mit Naturnotwendigkeit, unsere Entwicklung führt in jedem Fall dahin, mögen wir machen, was wir wollen, mögen die anderen machen, was sie wollen — der Sozialismus kommt!

Natürlich entbehren die Kritiker der U. S. P. am meisten diese Beweisführung. Bisher haben freilich nur wenige Blätter dieser Partei Kritiken gebracht. In Betracht kommen vorerst nur »Freiheit« und »Leipziger Volkszeitung« — vielleicht folgen noch einige andere nach.

Zunächst die »Freiheit«. Sie rügt, daß im neuen Programm »der theoretische Teil des Erfurter Programms — die Leistung Kautskys« fehlt. Diese Leistung aber sei »eine meisterhafte Zusammenfassung der marxistischen Auffassung der Entwicklung nach dem damals erreichten Stande unserer Einsicht« gewesen. Sie »zeichnet die großen sozialökonomischen Richtlinien, in denen sich nach unentrinnbaren ehernen Gesetzen die kapitalistische Gesellschaft zur sozialistischen Umwälzung hinbewegen muß«. Ferner heißt es:

Die Grundlage des Marxismus selbst ist verlassen. Das Erfurter Programm hatte sich bemüht, gleichsam die Geschichte selbst, »die beste Marxistin«, sprechen zu lassen; der Sozialismus wird als notwendiges Resultat einer gesetzmäßigen Entwicklung begriffen, diese Gesetze selbst in ihrem notwendigen Ablauf dargelegt, die Arbeiterklasse zur bewußten Trägerin und Vollstreckerin des historisch Notwendigen erhoben.

Im Grunde heißt das nichts anderes als: es fehlt die Entwicklungskonstruktion auf Grund der sogenannten Verelendungstheorie, die im Erfurter Programm enthalten ist (daß dort auch die Theorie von den auf Grund der Überproduktion sich einstellenden Weltabsatzkrisen mit zur Konstruktion herangezogen wird, verschweigt vorsichtigerweise die »Freiheit«).

Alles übrige in dem »Freiheits«-artikel ist leeres Gerede; denn der neue Entwurf geht ebenfalls, wenn er auch nicht direkt von »gesetzmäßiger Entwicklung« spricht (auch das Erfurter Programm gebraucht übrigens diesen Ausdruck nicht), von der Gesetzmäßigkeit aller gesellschaftlichen Entwicklung aus und sieht in der Arbeiterklasse die Vollstreckerin des »historisch Not-

wendigen« oder, wie es richtiger heißen muß, des »notwendigen Überganges zum Sozialismus«. Zwar ist die Arbeiterklasse nicht die alleinige Vollstreckerin, denn auch andere Volksteile wirken mit, aber immerhin ist sie ein sehr wichtiger Faktor der Entwicklung zum Sozialismus.

Zeigt schon der Referent der »Freiheit«, daß es bei ihm mit dem Marxschen Begriff der sozialen Gesehmäßigkeit und der historischen Notwendigkeit schlecht bestellt ist, so läßt sich die »Leipziger Volkszeitung« auf solche theoretische Erörterungen erst gar nicht ein. Sie behauptet frischweg, daß im neuen Programmentwurf überhaupt kein Marxismus steckt oder doch nur in sehr mäßiger homöopathischer Dosis. Sie meint von oben herab:

Es spricht aus ihm (dem Programm) der Geist einer gemäßigten Arbeiterpartei, die vom Marxismus gerade so viel läuten gehört hat, daß sie den Kapitalismus nicht für den idealen Endzustand der menschlichen Gesellschaft hält, aber ohne daß ihr die Erkenntnis der Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, der Formen, in denen sie sich abspielt — Klassenkampf und Revolution in den Umschlagspunkten von einer Gesellschaftsordnung zur anderen —, und dem Wesen der nächsten Entwicklungsstufe innewohnt.

Ähnlich urteilt Heinrich Ströbel in einem von verschiedenen Parteiblättern gebrachten Artikel. Er bemängelt ebenfalls, daß im Entwurf des neuen Programms die schöne Entwicklungskonstruktion des Erfurter Parteiprogramms fehlt.

»Sie begann«, sagt er, »mit der Kennzeichnung der Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Die ökonomische Entwicklung führe unentrinnbar zum Untergang des Kleinbetriebs, sie trenne den Arbeiter von den Produktionsmitteln, die zum Monopol der Kapitalisten und Großgrundbesitzer würden. Immer größer werde die Zahl der Proletarier, immer schroffer gestalte sich der Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.«

Er schildert dann nach dem Vorbild des Erfurter Programms diesen Entwicklungsgang etwas näher (wobei auch er die dort entwickelte Krisentheorie beiseite schiebt) und meint, daß im neuen Entwurf eine »Scheu vor dem unabweidlichen Bekenntnis zum alten Sozialismus marxistischer Prägung stecke«, und bedauert, daß nicht im neuen Entwurf vom Klassenkampf gesprochen wird.

Auch die »Frankfurter Volksstimme« vermisst jene gedrungene Sätze der Einleitung des Erfurter Programms, »deren konzentrische Kraft ihre werbende Wirkung heute noch ebenso bewährt wie vor einem Menschenalter«, und findet ferner, daß das neue Programm seinen Beruf verfehlt habe, wenn darin nicht vom »Klassenkampf des Proletariats als Mittel zur Befreiung der Menschheit« (soll heißen: zur Befreiung der Arbeiterklasse oder des Proletariats, denn die Hottentotten, Amazulu oder Peshcherähs, die auch zur Menschheit gehören, sollen doch dadurch nicht befreit werden) gesprochen werde.

Es sind also hauptsächlich zwei Vorwürfe, die der theoretischen Einleitung des neuen Entwurfs gemacht werden. Der Entwurf beginnt erstens nicht mit einem konstruktiven Entwicklungsschema und spricht zweitens nicht vom Klassenkampf.

Einige Parteiblätter haben darauf entgegnet, wenn auch das Wort »Klassenkampf« nicht im neuen Entwurf gebraucht werde, so sei doch der

Begriff des Klassenkampfes gewissermaßen in den Ausführungen über den Kampf gegen den Kapitalismus miteinhalten. Das ist im allgemeinen richtig, doch soll gar nicht geleugnet werden, daß im neuen Entwurf eine veränderte Auffassung der Bedeutung des Klassenkampfes für die Durchführung des Sozialismus steckt. Ferner möchte ich ganz entschieden bestreiten, daß in der Entwicklungskonstruktion des Erfurter Programms eine »meisterhafte Zusammenfassung der marxistischen Auffassung der Entwicklung« steckt, vor allem aber, daß tatsächlich die Entwicklung jene Richtung genommen hat, die im Erfurter Programm als einzig mögliche hingestellt wird. Doch mit der Anzweiflung der Richtigkeit solcher Behauptungen ist es nicht getan. Dazu ist eine eingehende Analyse jener Entwicklungskonstruktion, ihrer Grundlagen und ihrer Schematik, nötig. Der nächste Artikel soll sich mit diesen Fragen beschäftigen.

(Fortsetzung folgt)

Staat und Marxismus¹

Von Dr. Siegfried Marck

Der Marxismus hat in bezug auf die Staatsauffassung von jeher in der Doppelfront gegen »Anarchismus« und »Etatismus« (Staatsabsolutismus) gestanden, die ihn beide teils bekämpften, teils in ihrem Sinne zu deuten und umzubilden suchten. Die Weltkrise hat die Auseinandersetzung mit beiden Richtungen verschärft: mit dezentralistischer Staatsfeindschaft drängt der Syndikalismus gegen den Marxismus an, auf der anderen Seite erlebt der autoritäre Kathedersozialismus seine Neuaufgaben, während innerhalb des Marxismus selbst sich eine organische Weiterbildung der Staatsauffassung vollzieht.

Der Angriff gegen den Marxismus durch Friedrich Lenz erfolgt in seiner Schrift von der staatsabsolutistischen Seite her. Lenz ist Imperialist auf der Grundlage Rankes, zu dessen Staats- und Geschichtsauffassung er sich schon in seinem Kriegsbuch »Macht und Wirtschaft« (München 1915) bekennt. Es ist die spezifische Staatsauffassung der politischen Geschichtsschreibung, die charakteristische Staatsverklärung der deutschen Geschichtswissenschaften, die uns aus jeder Zeile bei ihm entgegenblickt. Die »gewaltigen beseelten Körper der politischen Welt, wie sie sich anziehen und abstoßen,«² Rankes »große Mächte« als handelnde bewußte Persönlichkeiten sind für ihn der Drehpunkt aller geschichtlichen, auch der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Der politische Historiker, für den der Staat gleichsam der Held seiner Darstellungen wird, neigt als Staatsphilosoph zur Behauptung des Primats der äußeren Politik über alles innerpolitische und soziale Leben, so hat denn auch Friedrich Lenz sich bemüht, die Abhängigkeit des Wirtschaftslbens von der Staatsmacht darzutun. Deshalb bekämpft er in seinem Kriegsbuch mit besonderer Heftigkeit den wirtschaftlich fundierten Pazifismus eines Normanng Angell, deshalb unternimmt er jetzt seinen Angriff gegen die materialistische Geschichtsauffassung.

¹ Friedrich Lenz, Staat und Marxismus. Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre. Stuttgart und Berlin 1921, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. Preis gebunden 16 Mark, in Halbleinen gebunden 26 Mark.

² Macht und Wirtschaft, S. 82.